



Finanztransaktionssteuer richtig umsetzen

Die Junge Union Schleswig-Holstein möge beschließen:

- Die Junge Union Schleswig-Holstein spricht sich für die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer auf den Handel mit Derivaten (Börse und OTC) und verbrieften Krediten (ABS, MBS) in Höhe von 0,1 % aus, sowie eine Steuer auf den Handel mit börsengehandelten Aktien und Fondanteilen (OGAF, AIF und ETF) in Höhe von 0.01%.
- Für Kleinanleger soll eine jährliche Freigrenze von 25.000 Euro im Bereich der Fondanteile und börsengehandelten Aktien gelten.
- Die Möglichkeit die Steuerpflicht an die Staatsbürgerschaft zu binden sollte geprüft werden, um ein Ausweichen in das steuerbefreite Ausland zu vermeiden.

Begründung:

Der aktuelle Entwurf der Finanztransaktionssteuer (vorgestellt durch Bundesfinanzminister Olaf Scholz) schädigt vor allem Kleinanleger. Gleichzeitig bleibt der Hochfrequenzhandel mit Derivaten, welcher zur Destabilisierung der Finanzmärkte maßgeblich beiträgt und beigetragen hat gänzlich unbesteuert. Unser Ziel muss es deshalb sein, Kleinanleger (welche zur Vermögensbildung und Altersvorsorge auf die Finanzmärkte angewiesen sind) vor dieser Steuer zu schützen und zugleich den Hochfrequenzhandel mit Derivaten zu regulieren. Die Verbriefung fauler Kredite, welche maßgeblich zur Immobilienblase von 2008 beigetragen hat muss ebenfalls reguliert werden. Der Handel mit Anleihen und Rohstoffen bleibt von diesem Modell unberührt. Ein solches Modell der ökonomischen Vernunft kann entsprechend positive Auswirkungen auf die Finanzmärkte haben.

Antrag der Jungen Union Dithmarschen

vertreten durch Pascal Glindemann